



## Der 8. Mai 1945 in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland

Das Gedenken an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945 war für lange Zeit kein Bestandteil der Erinnerungskultur in Westdeutschland. Auch in bewusster **Abgrenzung zur DDR**, in der das Gedenken an die „Niederringung des Faschismus durch die Sowjetunion“ eine zentrale Rolle spielte, konzentrierten sich die führenden Politiker im Westen auf den **17. Juni als dem Symboldatum der deutschen Teilung**. Lediglich in Veranstaltungen der Opferverbände und im Kontext regionaler Bezüge wurde auf die Wiederkehr des Kriegsendes Bezug genommen. Bundespolitik oder überregionale Presse äußerten sich anlässlich der Jahrestage nur vereinzelt, eine **gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema fand ebenfalls nicht statt**.

In den wenigen offiziellen Stellungnahmen bis 1970 wurden der **Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit**, die mit dem 8. Mai ursächlich in Verbindung gebrachte **Teilung Europas sowie das Erfolgsmodell Bundesrepublik betont**. Bundeskanzler **Adenauer** erklärte 1955: „Der 8. Mai 1945 wird ... in die Geschichte als der Tag eingehen, an dem die Spaltung Deutschlands begann und dadurch ein Herd der Unruhe im Herzen Europas geschaffen wurde.“ Zehn Jahre später deutete Bundeskanzler **Erhard** den 8. Mai erstmalig in seinem historischen Kontext, um anschließend die positive Entwicklung in Westdeutschland hervorzuheben: „Wir erkennen es heute noch deutlicher als damals, dass dem militärischen Zusammenbruch ein geistiger und moralischer Verfall vorausgegangen war.“ Anlässlich des 25. Jahrestages des Kriegsendes wurde erstmals im Rahmen einer Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages eine Regierungserklärung zum 8. Mai abgegeben. In inhaltlicher Kontinuität zu seinen Vorgängern betonte Bundeskanzler **Brandt** die erfolgreiche Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Staatengemeinschaft und den gelungenen Aufbau der Demokratie. Ausführlicher und deutlicher fielen 1975 die Worte von Bundespräsident **Scheel** aus. Er ging auf die Wesensmerkmale des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ein, sprach die Verantwortlichkeiten deutlich an und unterschied nicht generell zwischen dem deutschen Volk und den Nationalsozialisten: „Adolf Hitler war kein unentrinnbares Schicksal. Er wurde gewählt.“

Der sich hier andeutende **Wandel in der Bewertung** wurde befördert von einer intensivierten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und einem sich ebenfalls entwickelnden gesellschaftlichen und medialen Diskurs. **Dieser Prozess kulminierte im Jahr 1985**, das von heftigen Auseinandersetzungen über die „richtige“ Deutung des 8. Mai geprägt war. Die umstrittene Teilnahme von Bundeskanzler **Kohl** am **Schlesiertreffen in Hannover**, das zunächst unter dem Motto „Schlesien bleibt unser“ abgehalten werden sollte, sowie der kontrovers diskutierte gemeinsame **Besuch des Bundeskanzlers mit US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg**, wo auch Angehörige der Waffen-SS begraben sind, regten eine weit reichende Debatte über das Thema an. Verstärkt wurde die Diskussion durch eine intensive mediale Aufarbeitung der historischen Ereignisse. Schnell wurde deutlich, dass sich **zwei grundlegend unterschiedliche Interpretationen** unversöhnlich gegenüberstanden. Die eine Seite verlangte, „die Last der Verantwortung in den Hintergrund treten zu lassen. Die andere Seite hielt dies für illegitim. Ihr historisches Erzählen orientierte sich stärker an der Erfahrung des Holocaust, die aus der bundesdeutschen Gegenwart nicht ausgeblendet werden dürfe.“ (Kirsch: 92)

Hinter diese Auseinandersetzungen trat die später als „Sternstunde des Parlaments“ bezeichnete und vor allem durch die Rede des Bundespräsidenten **von Weizsäcker** geprägte offizielle **Gedenkveranstaltung am 8. Mai 1985** zunächst zurück. Langfristig konnte sich die von Weizsäcker vorgetragene Wertung der Ereignisse jedoch durchsetzen. Ihm gelang es in seiner Rede im Bonner Plenarsaal, den gesamten historischen Kontext zu umreißen, Kontinuitäten und Brüche der Geschichte deutlich zu benennen und so die unterschiedlichen persönlichen Perspektiven, die das Erinnern determinieren, zu berücksichtigen. Seine Wertung fiel dabei dennoch deutlich aus: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen.“ Der Bundespräsident betonte weiter, dass man sich der Vergangenheit annehmen müsse, um nicht „blind für die Gegenwart zu werden. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Kurzzeitig schien es so, als würde auch das Jahr 1995 von Debatten um die „korrekte“ Verortung des 8. Mai im deutschen Geschichtsbewusstsein geprägt. In einer Zeitungsannonce erinnerten konservative Politiker um den ehemaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dregger daran, dass der 8. Mai „der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und der Beginn der Teilung unseres Landes sei“ und **wandten sich gegen die „Befreiungsthese“**. Der Staatsakt zum 50. Jahrestag des Kriegsendes blieb jedoch, anders als noch zehn Jahre zuvor, unbeeindruckt von dieser Kritik. Bewusst wurde **Berlin, als Symbol des vereinigten, aus dem Schatten seiner Geschichte herausgetretenen Deutschlands** als Ort der zentralen Gedenkveranstaltung ausgewählt. **Erstmalig ergriffen auch Repräsentanten der vier Siegermächte** (Ministerpräsident der russischen Föderation, Tschernomyrdin, Premierminister Major, Vizepräsident Gore und Präsident Mitterand) **das Wort**: „Im Vordergrund stand der Gestus der Versöhnung, mit dem der friedliche Wandel in Europa gewürdigt wurde.“ (Kirsch:188). Die Rede von Bundespräsident **Herzog** deckte sich in ihren Wertungen weitgehend mit der seines Vorgängers. Durch die Betonung, dass „viele Täter“ für das Funktionieren der NS-Herrschaft nötig gewesen seien, reflektierte er jedoch ein bis dahin durch seine Vorgänger nicht thematisiertes Wesensmerkmal des NS-Regimes. Zudem konkretisierte er die Verantwortung für den Nationalsozialismus, indem er von der bis dahin gängigen unspezifischen Formulierung, „im deutschen Namen“ seien die Verbrechen begangen worden, abwich.

Gemeinsam ist allen früheren Reden, die anlässlich des 8. Mai gehalten wurden, **dass sie nicht den aktuellen Stand der historischen Forschung reflektierten**. So fand die zunehmende Auseinandersetzung der Geschichtswissenschaft mit den Tätern und Tätergruppen und deren Verankerung in der Mitte der Gesellschaft keinen Niederschlag in den Ansprachen: „Die Tätergesellschaft identifizierte sich nachträglich mit den Opfern.“ (Kirsch: 77). Die Verantwortung für das NS-Regime wurde lange Zeit einer verbrecherischen Clique um Hitler zugeschrieben, die das deutsche Volk ins Unglück gestürzt hätte. Die **sozialhistorischen Hintergründe** des „Betriebsunfalls der deutschen Geschichte“ sowie die fortschreitende gesellschaftliche Akzeptanz des nationalsozialistischen Regimes wurden ausgeblendet. Erst im Jahre 1985 konnte hier ein wirklicher Perspektivwechsel erreicht werden, der in der Folge das öffentliche Bewusstsein maßgeblich prägte.

Literatur und Quellen:

- Jan-Holger Kirsch, Wir haben aus der Geschichte gelernt, Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln/Weimar 1999.
- Bulletin der Bundesregierung, 5. Mai 1955, 11. Mai 1965, 9. Mai 1970, 12. Mai 1995.
- Rede von Weizsäcker am 8. Mai 1985, <http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlhist/dok26.html> (Abruf am 29. April 2005).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Gegen das Vergessen“, 7. April 1995.

Verfasser: RR Marc Bomhoff, WD 1/Fachbereich XI